

## Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschuss
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 08.10.2020
Sitzung Nummer:	7 ( FHLA/7/2020)
Sitzungsdauer:	17:00 - 18:25 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungssaal "Stendal"

---

Patrick Puhmann  
Landrat

---

Alessa Stobinski  
Protokollführung

---

### **Anwesend:**

#### Vorsitz

Herr Patrick Puhmann

#### Mitglieder

Herr Arno Bausemer

anwesend ab 17.07 Uhr

Herr Jörg Hellmuth

#### Stellvertreter

Frau Katrin Kunert

Vertretung für Herrn Mario Blasche

Frau Carola Radtke

Vertretung für Herrn Kloth

Frau Annegret Schwarz

Vertretung für Herrn Schmotz

#### Protokollführer

Frau Alessa Stobinski

#### von der Verwaltung

Herr Thomas Lötsch

Herr Sebastian Stoll

### **Abwesend:**

#### Mitglieder

Herr Mario Blasche

Herr Rüdiger Kloth

Herr Klaus Schmotz

Herr Frank Wiese

entschuldigt

Herr Bernd Witt

### **Tagesordnung:**

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 4 Beschluss über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 6. Sitzung des Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschusses vom 17.09.2020
- 5 Erstellung eines zukunftsfähigen Konzepts für den öffentlichen Nahverkehr im Landkreis Stendal  
Vorlage: 158/2020

- 6 Einführung eines Azubi-Tickets im Landkreis Stendal  
Vorlage: 255/2020
  - 7 Information über drei Kreditaufnahmen zum Zwecke der Umschuldung  
Vorlage: 263/2020
  - 8 Einwohnerfragestunde
  - 9 Anfragen und Anregungen
- 

## **Protokoll**

### **zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Der Landrat eröffnet um 17.00 Uhr die 7. Sitzung des Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschusses und begrüßt die Anwesenden.

### **zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit**

Der Landrat stellt fest:

- die Einberufung zur Sitzung erfolgte frist- und ordnungsgemäß,
- der Finanzausschuss ist beschlussfähig; es sind 5 Mitglieder sowie der Landrat anwesend (siehe auch Seite 1 Anwesenheitsliste). Herr Blasche wird durch Frau Kunert vertreten, Herr Schmotz durch Frau Schwarz und Herr Kloth durch Frau Radtke.
- Es fehlen Herr Blasche, Herr Schmotz, Herr Kloth, Herr Wiese und Herr Witt.

### **zu TOP 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Da es keine Änderungsanträge gibt, gilt die Tagesordnung als festgestellt.

### **zu TOP 4 Beschluss über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 6. Sitzung des Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschusses vom 17.09.2020**

Da es keine Einwände gibt, wird der öffentliche Teil der Niederschrift der 6. Sitzung des Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschusses vom 17.09.2020 zur Abstimmung gestellt.

*einstimmig beschlossen*

*Ja 3 Nein 0 Enthaltung 2*

### **zu TOP 5 Erstellung eines zukunftsfähigen Konzepts für den öffentlichen Nahverkehr im Landkreis Stendal Vorlage: 158/2020**

Frau Dehmel stellt die Thematik anhand einer Power-Point-Präsentation vor. Die Präsentation ist unter Tagesordnungspunkt 5 im Informationsportal des Landkreises Stendal eingestellt.

Der Landrat: Hier sind verschiedene Ziele und Varianten aufgeführt. Wir wissen alle nicht, wie ein bedarfsge-rechter Nahverkehr für einen längeren Zeitraum aussieht. Mit diesem Thema wird man sich länger beschäftigen müssen, damit wir unsere Ressourcen genau dort einsetzen wo sie benötigt werden. Im ersten Punkt der Vorlage steht, dass die Fördermöglichkeiten auszuschöpfen sind. Vor diesem Hintergrund wurde im Sachverhalt noch einmal aufgeführt, dass Förderprogramme existieren, die dazu genutzt werden können. Ziel der Vorlage ist natürlich auch, Geld in den Haushalt einzustellen, um auf die nötigen Eigenanteile dann zurückgreifen zu können. Gerade vor dem Hintergrund der Haushaltslage im nächsten Jahr müssen solche Kosten eingeplant werden.

Herr Stoll berichtet über die Diskussion im Ausschuss für Bau, Verkehr und digitale Infrastruktur. Die Diskussion war sehr kontrovers. Der Ausschussvorsitzende wollte, dass die Vorlage zurückgestellt wird und zurück in die Fraktionen geht, um dort darüber zu sprechen, welche Ziele tatsächlich verfolgt werden sollen. Die Abstimmung zur Vorlage waren 4 Nein-Stimmen und eine Ja-Stimme.

Frau Radtke gibt eine Information aus dem Bauausschuss: Wir hatten die Vorlage zurückgestellt, weil uns in dem Konzept das Miteinander mit den Bürgermeistern gefehlt hat. Man kann viele Fragen und vor allem diese Postsendungen vermeiden, wenn man die Kommunen mit einbezieht und abfragt, in welchen Regionen Handlungsbedarf besteht.

Die zweite Sache war, dass die Modellregionen erweitert werden könnten. Dort gab es die Anfrage, die Gemeinden Osterburg, Meseberg und Königsmark in die Modellregionen mit aufzunehmen.

Der Landrat: Am Ende wollen wir etwas für den ganzen Landkreis machen. Der ursprüngliche Vorschlag mit Möringen, Schönfeld und Steinfeld kam zu Stande, da in diesem Bereich ein Bahnhaltepunkt wegfällt. In Klietz, Schollene und Kamern gibt es eine besondere Randlage. Das ist der Hintergrund, warum die Modellregionen so ausgewählt wurden.

Frau Dehmel: Es ist möglich, noch weitere Regionen als Modellregionen aufzunehmen. In der Untersuchung sollte man sich allerdings auf zwei Modellregionen beschränken. um in die notwendige Tiefe zu gehen.

Frau Kunert: Wenn man in das Protokoll des Kreistages sieht, in dem dieses Thema an die Ausschüsse verwiesen worden ist, stellt man fest, dass es dazu von allen Fraktionen Zustimmung gab.

Von Herrn Schulz ist erwartet worden, dass flexible und kleinräumige Elemente berücksichtigt werden. Das impliziert ja, dass man sich die Frage stellt, wie kann man jetzt gefühlte Bedarfe aufnehmen. Die Bürgermeister wissen, was in ihren Orten los ist. Grundsätzlich finde ich es richtig, dass die Verwaltung eine solche Vorlage vorgelegt hat. Es würde aber auch Sinn machen, wenn der Landrat dieses Thema in der Bürgermeisterdienstberatung aufgreift. Es jetzt nur an den Kosten festzumachen, ist nicht richtig. Es gibt etliche Personen, die sich in der Vergangenheit mit dem ÖPNV im Landkreis beschäftigt haben und sagen, dass der ÖPNV an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbeifährt. Wir reden darüber, dass die Bahnstrecken angenommen werden sollen. Aber Züge fahren nun mal immer zu bestimmten Zeiten und die Arbeit beginnt ebenfalls zu bestimmten Zeiten. Die Abstimmung des Busverkehrs auf den anderen Nahverkehr bekommt man in diesem Landkreis wahrscheinlich besser umgesetzt, als es bisher der Fall ist. Man könnte beispielsweise auch die Fachhochschule mit einbeziehen. Ein solches Konzept lebt vom Mittun vieler.

Im Bauausschuss wurde ja ausführlicher zu diesem Thema gesprochen. Könnten Sie, Herr Stoll, die Argumente noch einmal im Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss vorstellen?

Herr Stoll antwortet, den Vortrag hat Frau Dehmel gehalten. Ich habe dort nur auf konkrete Fragen geantwortet.

Frau Kunert wartet auf die Niederschrift und wird darin nachlesen.

Frau Schwarz: Grundsätzlich ist es richtig, dass wir den ÖPNV überarbeiten und uns anschauen, welche Linien sinnvoll sind und welche nicht. Ich finde es auch gut, dass auf Seite 14 unter Punkt 3 davon gesprochen wird, eine Arbeitsgruppe zu bilden. Auch der Gedanke, mit der Fachhochschule zusammenzuarbeiten, ist gut. Wogegen ich mich innerlich sperre ist die Durchführung über die Kommunen, weil es dadurch billiger wird. Das funktioniert nicht. Ich glaube auch, dass bei Gesprächen mit den jeweiligen Ortsbürgermeistern einige Ergebnisse herauskommen werden. Ich glaube aber, dass die Kommunen, genauso wenig wie der Landkreis, fachlich in der

Lage sind, Dinge zusammenzustellen. Wenn wir dieses ganze Konzept Step für Step angehen, kann ich damit besser leben, als mit einem starren Vorgehen. Mit solch hohen Kosten habe ich jedoch nicht gerechnet.

Der Landrat: Die Präsentation zeigt auf, wie man dieses Thema angehen könnte. Ob das nachher tatsächlich alles so abläuft, lässt sich im Vorfeld schwer sagen. Natürlich bedarf es Leute, die wissen, wie solche Erhebungen gestaltet werden. Wir werden ohne eine gewisse Fördersumme dieses Projekt auch nicht stemmen können. Da der Haushalt im nächsten Jahr sehr eng gestrikt ist, war es die Idee, die Eigenmittel noch aus diesem Jahr bereit zu stellen. Ich sehe es auch nicht so, dass die Kommunen die ganze Arbeit machen sollen. Aber eine Einbeziehung der Kommunen ist wichtig.

Herr Hellmuth: Herr Landrat, Sie haben es ja bereits selbst gesagt. Der Zeitpunkt ist denkbar ungünstig für die Erstellung eines neuen Verkehrskonzeptes. Wir haben einen relativ neuen Nahverkehrsplan ausgeschrieben.

Was aber hier in den Vorstellungen völlig gefehlt hat, ist der Bürgerbus. Es sollte auf jeden Fall die Erfahrung mit dem Bürgerbus einbezogen und eine Aussage dazu getroffen werden. Sie sprachen von 6,11 Mio. € Zuschuss pro Jahr. Da würde mich interessieren, wie sich dieser Zuschuss in den letzten Jahren entwickelt hat und wie hoch die Zuschusszahlen waren, als wir vor vielen Jahren den Wechsel zu stendalbus hatten. Ich würde hier noch nichts überstürzen.

Der Landrat äußert, in Osterburg gibt es einen Bürgerbus, und in Werben gibt es ein Bürgermobil. Genau diese Erfahrungen sollen jetzt genutzt werden. Daher ist die zweite Modellregion dazu gekommen.

Frau Dehmel kommt auf die Zuschussentwicklung zu sprechen. Es handelt sich um einen steigenden Zuschuss.

Frau Hoppe ergänzt, dass es im Jahr 2016, vor dem Ausschreibungsverfahren, eine Zuschussbetriebskostenhilfe von 2,9 Mio. € gab. Jetzt kommen wir auf circa 7 Mio. €.

Frau Dehmel erklärt, dass der Bürgerbus mit Absicht ein wenig außen vorgelassen wurde. Die Umsetzung eines Bürgerbusses ist nur über das bestehende Verkehrsunternehmen möglich. Selbstständig wird sich ein Bürgerbus nicht halten können. Sie brauchen ehrenamtliche Fahrer, die sich dafür engagieren, und es muss von extern ein Fahrzeug beschafft werden.

Frau Radtke stellt fest, dass bei der schriftlichen Befragung der Bürger auch Portokosten anfallen. Wir wissen alle, dass Antworten teilweise nicht zurückkommen. Darüber müsste man also noch einmal nachdenken und eventuell eine Alternative finden, um an die Information der Bürger zu gelangen.

Der Landrat erklärt, dass mit dieser Vorlage zunächst einmal Geld veranschlagt wird, um wenigstens die Eigenanteile gesichert zu haben. Bei allen weiteren Schritten wird darauf geachtet, es möglichst sparsam durchzuführen.

Herr Bausemer interessiert dabei der praktische Nutzen. Er ist der Meinung, dass große Bürgerversammlungen in den Orten mehr bringen, als jedem Bürger eine Umfrage auszuhändigen. In den Orten kann man dann auch erkennen, wo die Schwerpunkte liegen.

Frau Schwarz empfindet die vorgestellte Präsentation als sehr hilfreich, denn das sind tatsächlich die ersten Gedanken, die man sich zu diesem Thema macht. Dass es im Laufe der Beratungen noch zu Änderungen und Erweiterungen kommt, ist total verständlich. Als wir seinerzeit Hohenwulsch ausgebaut haben, haben wir mit dem ÖPNV besprochen, dass die Busse so fahren müssen, wie die Züge dort ankommen. Man sollte also nicht die Bahn außen vorlassen, sondern mit einbeziehen. Wir sollten mit dieser Vorlage einen sogenannten „Platzhalter“ schaffen, um überhaupt Fördergelder beantragen zu können.

Frau Kunert stimmt zu, denn bei dem Busverkehr hat man die Möglichkeit, Abfahrtszeiten zu verändern und an die Bahn anzupassen. Die Präsentation stellt einen Leitfaden dar und kann jederzeit erweitert werden. Vielleicht denkt man auch darüber nach, den Altmarkkreis Salzwedel in den Grenzregionen einzubeziehen. Der Bürgerbus stellt eher eine private Initiative der Kommunen dar und hat mit dem Daseinsauftrag des Landkreises nichts zu tun.

Da es keine weiteren Fragen gibt, wird die Vorlage zur Abstimmung gestellt.

*einstimmig zugestimmt*

*Ja mehrh Enthaltung 1*

**zu TOP 6 Einführung eines Azubi-Tickets im Landkreis Stendal**  
**Vorlage: 255/2020**

Frau Dehmel stellt die Thematik anhand einer Power-Point-Präsentation vor. Die Präsentation ist unter Tagesordnungspunkt 6 im Informationsportal des Landkreises Stendal eingestellt.

Sie ergänzt noch, dass es im Voraus Absprachen mit stendalbus gab, ob der Zuschuss für die nächsten zwei Jahre ausreichend wäre. Dies wurde bejaht.

Frau Kunert fragt, ob keine Schüler mit der ODEG fahren müssen oder warum diese nicht mit einbezogen wurde? Außerdem erkundigt Sie sich, ob die Schüler/Auszubildenden die 600 € einmalig im Jahr bezahlen müssen oder ob eine monatliche Zahlung auch möglich ist?

Frau Dehmel erklärt, dass die ODEG keinen Verkehrsvertrag mit dem Land Sachsen-Anhalt hat. Demzufolge ist diese nicht mit eingebunden. Außerdem ist eine monatliche Ratenzahlung möglich.

Frau Kunert fragt erneut, was dann mit den Schülern/Auszubildenden passiert, die mit der ODEG fahren?

Herr Stoll erklärt, dass man sich dazu nochmal beim Land informieren müsste.

Frau Kunert erkundigt sich, ob das Ticket auch in Brandenburg gültig ist?

Frau Dehmel verneint dies. Das Ticket ist nur bis zur letzten Station im Land Sachsen-Anhalt gültig. Demzufolge nicht in Brandenburg.

Herr Hellmuth gibt zu bedenken, dass der Schüler nicht wissen kann, dass die ODEG zum Land Brandenburg gehört und er somit von Schönhausen nicht mit dem Zug fahren könnte. Dieses Problem muss unbedingt geklärt werden.

Herr Bausemer hinterfragt, ob es wirklich keinen Unterschied macht, ob der Schüler in Magdeburg oder Stendal zur Berufsschule geht, da jeder Landkreis für sich entscheiden kann, ob das Azubi-Ticket dort anerkannt wird oder nicht. Demzufolge kann es sein, dass der Auszubildende nur gewisse Streckenteile mit diesem Ticket fahren kann und zwischendurch ein anderes Zugticket benötigt, um an sein Ziel zu kommen.

Der Landrat antwortet, dass jeder Landkreis derzeit vor der Frage steht, ob dieses Ticket anerkannt werden soll oder nicht.

Frau Dehmel ergänzt, dass das Land in diesem Quartal bekannt geben wird, wo das Ticket überall Gültigkeit hat, sodass die Schüler ihre Anfahrten planen können. Es soll auch eine Marketing-Aktion vom Land stattfinden, bei der mehr über dieses Ticket informiert wird. Außer dem Landkreis Harz und die Stadt Dessau werden alle Landkreise in Sachsen-Anhalt das Ticket zum 01.01.2021 anerkennen. Auch die Bahnen werden das Ticket anerkennen. Es war nämlich ursprünglich als Bahnticket angedacht. Im Nachhinein ist es auch zum Busticket geworden.

Frau Schwarz hinterfragt, ob der Auszubildende mit dem Ticket das ganze Jahr durch ganz Sachse-Anhalt fahren darf oder ob er nur zu seiner Ausbildungsstelle beziehungsweise zur Berufsschule fahren darf?

Frau Dehmel erklärt, dass der Auszubildende ein Abonnement für 12 Monate abschließen muss. Dann ist es möglich, im Land Sachsen-Anhalt mit dem Ticket zu fahren, wo dieses Ticket anerkannt wurde. Außerdem ist es möglich, dass das Ticket auch in der Freizeit genutzt wird.

Da es keine weiteren Fragen gibt, wird die Vorlage zur Abstimmung gestellt.

*einstimmig zugestimmt*

**zu TOP 7 Information über drei Kreditaufnahmen zum Zwecke der Umschuldung  
Vorlage: 263/2020**

Es werden keine Fragen gestellt.

**zur Kenntnis genommen**

**zu TOP 8 Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen durch Einwohner gestellt.

**zu TOP 9 Anfragen und Anregungen**

Der Landrat informiert darüber, dass es zur Haushaltslage Entwicklungen gibt, die noch nicht bei der Erstellung der Tagesordnung berücksichtigt werden konnten. Diese werden nun ausgeführt.

Frau Hoppe spricht über die Aktualisierung zum Stand der Kreisumlage. Der Bedarf des Landkreises hat sich mit der Veröffentlichung der Orientierungslage vom 30.09.2020 seitens des Statistischen Landesamtes erhöht. Dort geht es um die Schlüsselzuweisung des Landkreises Stendal. Für alle 11 Landkreise stehen 195,9 Millionen Euro zur Verfügung. Gemäß der Veröffentlichung ist damit zu rechnen, dass der Landkreis Stendal im Jahr 2021 circa 3 Millionen Euro weniger erhält. Für diese Entscheidung gibt es zwei besondere Effekte, die eine wichtige Rolle spielen. Zum einen ist es der Lützen-Effekt. Den gab es bereits in den vergangenen Haushaltsjahren. Damals hat der Landkreis Stendal davon profitiert, dass der Burgenlandkreis wenige Schlüsselzuweisungen bekommen hat, weil dort die Gemeinde Lützen ansässig ist und eine sehr große Steuerkraft hat. Das führte dazu, dass der Burgenlandkreis so gut wie keine Schlüsselzuweisungen hatte. Dies war jedoch ein einmaliger Effekt, der jetzt nicht mehr vorhanden ist. Das führt dazu, dass der Burgenlandkreis über 11 Millionen Euro im Jahr 2021 mehr erhält. Außerdem profitiert neben dem Burgenlandkreis auch noch der Salzlandkreis von diesem Effekt. Alle anderen Landkreise bekommen weniger Schlüsselzuweisungen. Ein weiterer Grund ist, dass die Schlüsselzuweisungen sinken, wenn die Steuerkraft des Landkreises steigt. Das ist beim Landkreis Stendal im nächsten Jahr der Fall. Diese ist nämlich um 17,5 % gestiegen. Diese zwei Effekte führen dazu, dass der Landkreis 3 Millionen Euro weniger bekommt, als erwartet. Ursprünglich war der Haushalt schon fertig. Mit einem Hebesatz von 40,9 % wäre dieser gerade so durchgegangen. Aber durch die fehlenden 3 Millionen Euro kann der Landkreis diese Prozentzahl nicht mehr halten. Deshalb ist nach dieser Information mit einem Hebesatz von 42,2 % zu rechnen.

Der Landrat ergänzt, dass die anderen Landkreise in ein Defizit gehen werden. Diese Option steht für den Landkreis Stendal jedoch nicht zur Verfügung, da wir am Ende dieses Jahres keine Rücklagen aufweisen können, auf die dann zurückgegriffen werden könnte. Deshalb kann kein negativer Haushalt bewilligt werden. Der Landrat hat sich auch bereits mit den anderen Landräten abgestimmt. Man muss davon ausgehen, dass die Einnahmesituation nicht viel besser ist, als 2020. Für 2021 ist es jedoch noch ziemlich ungewiss.

Frau Hoppe ergänzt, dass die Rücklagen vom 31.12.2019, 1,7 Millionen Euro betragen. Es wird jedoch ein negatives Ergebnis geben, wodurch die Rücklagen aus den vorigen Jahren damit aufgebraucht wären. Das Eigenkapital liegt bei ungefähr 6 Millionen Euro. Wenn sich diese Entwicklung also fortsetzen würde, würde der Landkreis wieder auf eine finanzielle Übersteuerung zugehen. Außerdem würde man keine Genehmigung bekommen, wenn das Ergebnis negativ ist, da keine Verrechnung möglich ist und damit der Ausgleich nicht stattfinden könnte.

Frau Schwarz bittet um Verdeutlichung der Tabelle der Kreisumlage. Sie schlägt vor, einen direkten Vergleich zwischen 2020 und 2021 darzustellen, damit die Situation noch deutlicher wird und man es nachverfolgen kann.

Der Landrat stimmt dem Anliegen zu. Er merkt jedoch an, dass diese Tabelle nicht ausreicht, sondern der Haushalt des Landkreises nochmal überprüft werden muss, um eventuelle Ausgaben zu mindern.

Herr Bausemer fragt, ob es schon Rücksprache mit den Bürgermeistern aus dem ostelbischen Bereich gab. Schönhausen soll 45.000 € und Sandau 67.000 € mehr erhalten. Wie ist das zu erklären?

Der Landrat berichtet, dass es eine Bürgermeisterdienstberatung gab, in der alles genau vorgestellt wurde. Die Summen sind durch die neuen Schlüsselzuweisungen zu erklären.

Frau Hoppe ergänzt, dass Briefe versandt und alle über den Schlüsselsatz informiert wurden.

Herr Bausemer merkt an, dass der Landkreis durch die Einnahme bei den Kosten der Unterkunft (KdU) ein paar Millionen einsparen würde. Tauchen diese Gelder irgendwo auf, sodass man diese dagegen rechnen könnte?

Frau Hoppe erklärt, dass die Erhöhung der Bundesbeteiligung im September im Grundgesetz geändert wurde. Diese Gelder sind allerdings im Plan von 2021 schon mit einbezogen. Dennoch gibt es diese Probleme.

Der Landrat ergänzt, dass der Landkreis die Kostensteigerung bereits im Sommer zu verzeichnen hatte. Dazu zählen das Kindergeld, die Unterbringungskosten und die Heimkosten. Diese Kosten zählen zum eigenen Wirkungskreis und konnten deshalb im Haushaltsplan erfasst werden.

Frau Radke fragt, ob die Corona-Neuinfektionen auch im Landkreis Stendal so stark angestiegen sind, wie es in den Medien berichtet wird?

Der Landrat antwortet, dass die Zahlen im Landkreis momentan noch überschaubar sind.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt, sodass der öffentliche Teil der Sitzung geschlossen wird.